anxa
87-B
26424

Vertraulich. Als Handschrift gedruckt.

Die Notwendigkeit der Gewinnung von Siedlungsland.

Von

Dr. Keup, Frankfurt a. O.

Berlin SW. 11
Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H.
1915.

Die Notwendigkeit der Gewinnung von Siedlungsland.*

Von Dr. Keup-Frankfurt a. O.

Seit Jahrzehnten leiden die weiten Gebiete des deutschen Ostens mit einer an sich dünnen Bevölkerung an wachsender Abwanderung. Die großen Städte und der Westen füllten sich mehr und mehr mit Menschen. Jede Industriekrise — ja die regelmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Winter — erzeugte ein Heer von Hunderttausenden arbeitsloser Städter, während auf dem Lande Arbeitermangel herrschte, der die Heranziehung ebenfalls Hunderttausender von polnischen Wanderarbeitern notwendig machte. Die schnelle Zusammenballung der Menschen in den Industriegebieten, die üblen Wohnungsverhältnisse für die große Masse derer, die einem dumpfen Drange nach Verbesserung ihrer Lage folgend, vom Lande in die Stadt gezogen waren, gaben den Nährboden ab für die besorgniserregende Unzufriedenheit der Massen. Fortwährende, häufig bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Erschütterungen des Arbeitsmarktes durch Streiks und Aussperrungen waren die Folge, und immer stärker mehrte sich die Schwierigkeit, überhaupt noch ein einigermaßen freundliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufrechtzuerhalten. Der soziale Frieden befand sich im dauernden Zustande der Erschütterung.

Was die Menschen vom Lande forttreibt, ist nicht allein Vergnügungssucht und Großstadttaumel, sondern in allererster Linie der Drang nach vorwärts. Der Glaube, in den großen Städten sei eher die Möglichkeit gegeben, für jeden der wolle, voranzukommen, dieser Glaube ist es, der die nachgeborenen Bauernsöhne und gerade auch die besten Elemente der Landarbeiterschaft von der Scholle in die Städte zieht. Das Land verödet, weil der kleine Mann trotz alles Mühens zu geringe Aussichten für sich sieht, selbst einmal soviel vom Grund und Boden zu erwerben, daß er mit seinen Kindern darauf selbständig leben kann. Die Städte überfüllen sich, weil sie Freiheit zu bieten scheinen, nicht nur im persönlichen Lebenswandel, sondern auch in den Entwicklungsmöglichkeiten. Die Enttäuschung muß kommen, weil ihrer zu viele sind, die demselben Wunsche nachjagen, und so eine Konkurrenz zwischen ihnen entsteht, die sie wirtschaftlich auf einer Stufe niederhält, die um keinen Deut besser ist, als jene, der sie in der Heimat entgehen wollten.

---

* Ergänzte Ausführungen eines Vortrages, gehalten am 21. Juni 1915 im Künstlerhaus zu Berlin.

Gelingt es nicht, ein Mittel zu finden, dieser stauenden Blutüberfüllung an einer und dem Blutmangel an der anderen Stelle ein Ende zu machen: durch Bewahrung eines Teils des Ueberschusses unseres vorwärtsdrängenden Landvolkes vor der Abwanderung in die Stadt und durch Schaffung eines günstigeren Bodenrechtes, das die nachhaltige Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die zusammengepferchte Arbeiterbevölkerung der Städte gestattet, so werden die Verhältnisse und Volksstimmungen nach dem Kriege nur schlimmer und nicht besser werden. Wird aber ein solches Mittel gefunden, so wird auch unsere Arbeiterschaft — wie sie sich während des Krieges eins weiß mit der Volksgesamtheit — auch im Frieden ihre Mitwirkung an der großen gemeinschaftlichen Volksaufgabe nicht versagen. Die Männer, die für das Vaterland im Felde gestanden haben, erhoffen mit Recht eine Hebung ihrer Lage nach dem Kriege. Sie wollen nicht aus dem Ringen um Leben und Tod heimkehren, um dann „kein Hüfung" für sich und die Ihren zu finden oder in Häuser einzuziehen, wo die Bedingung „keine Kinder" die Grundlage jedes Mietsvertrages ist. Sie haben einen Anspruch darauf, wenigstens für die Zukunft die Möglichkeit zu sehen, daß in dem städtischen Wohnwesen eine gründliche allgemeine Wandlung eintritt. Ein Sozialdemokrat (Fendrich: Der Krieg und die Sozialdemokratie) drückt diese Gedanken so aus: „Wehrkraft ist jetzt die Losung! Dazu braucht es Millionen gesunder Kinder des Volks. In dunkeln Wohnungen und in den Winkeln der Mietskaserne blühen aber keine roten Wangen. Eine Wohnungsreform allergrößten Stils ist das nächste, was zu Deutschlands Wehrhaftigkeit verlangt werden muß. Für jeden, der um die Heimat gekämpft hat, ist doch das allererste, daß er nun auch ein Heim bekommt, dessen Hüter er sein kann. Alle Sozialpolitik war bis jetzt nur Krankendienst und Altersversorgung. Es muß aber an den Wurzeln begonnen werden. Hegen ist wichtiger als pflegen. Den Kindern des Volkes und den Familien der Arbeiter und Bauern hat das große Werk zu gelten. Himmel und Erde, Wolken und Wellen, Wiesen und Felder . . . alles das soll denen beschert werden, um deretwillen ja in erster Reihe der Krieg geführt wurde." Diese Gedanken tönen ebenso überall aus den Schützengräben in Frankreich, aus den Reihen der Besatzungstruppen in Belgien, wie von den vorwärtsdringenden Heeren im Osten zu uns herüber: Das Land, das von uns mit so viel Blut gedüngt ist, muß unser werden, auch in dem Sinne, daß Tausende von Kriegern auf ihm eine neue Heimat finden; auf solche Weise wird gleichzeitig eine Lösung der Invaliden- und Veteranenfrage von allen Seiten gesucht. Das neue Land muß dazu helfen, daß es nicht mehr so zu bleiben braucht,

daß unsere großen Städte und Industriezentren von einem Gebiete mehr oder weniger brach liegenden Landes umgeben sind, das in den Händen weniger Spekulanten so lange zurückgehalten wird, bis es zu solchen Preisen angestiegen ist, daß nur in Mietskasernen, aus engen Wohnungen eine lohnende Ausnutzung möglich ist, dem Arbeiter und Beamten aber jede Aussicht, eine Heimstätte sich zu schaffen, abgeschnitten wird.

In engster Verbindung mit der Frage der Entvölkerung des deutschen Ostens, der Siedlungs- und Bodenfrage steht die polnische Frage. Der Drang der slawischen Massen nach dem Westen, die schnellere Vermehrung der slawischen als der deutschen Rasse (der Geburtenüberschuß in der Provinz Posen verhielt sich 1911 bei Polen und Deutschen wie 21 : 12), der Abzug der Deutschen in die Städte haben einen Zustand gezeitigt, der eine langsame aber stetige Slawisierung unserer östlichen Grenzprovinzen herbeiführen muß. Die Versuche, dieser Bewegung einen Damm entgegenzusetzen, sind schon von Bismarck durch die Ansiedlungsgesetzgebung in die Wege geleitet worden und haben ihren gesetzgeberischen Höhepunkt in dem Verbote der Ansiedlung von Polen und in dem Enteignungsgesetze für Westpreußen und Posen erreicht. Wie weit die unzulängliche Wirkung dieses Vorgehens an gesetzgeberischen Mängeln oder an Fehlern in der Durchführung lag, kann hier unerörtert bleiben. Eine Verstärkung dieses Vorgehens in Posen-Westpreußen war in der in den letzten Jahren mehr und mehr in allen Ostprovinzen zur Durchführung kommenden inneren Kolonisation zu finden. In dem bisherigen Umfange ihrer Ausführung hat sie jedoch einen durchgreifenden Einfluß — trotz aller Erfolge im einzelnen — auf die Bevölkerungsbewegung nicht haben können. Wie wird es nach dem Kriege werden? Wird die Entwicklung dann national- und bevölkerungspolitisch von selbst gesündere Bahnen einschlagen?

Zur Beantwortung der Frage ist es unabweisbar, sich ein Bild davon zu machen, welchen Veränderungen das Wirtschaftsleben Mitteleuropas durch den Krieg entgegengeführt wird. Unser Siegespreis soll nach den von Allerhöchster Stelle gegebenen Zusicherungen ein den gewaltigen Opfern entsprechender sein. Vom König von Bayern ist das Kriegsziel kürzlich dahin zusammengefaßt worden: „Eine Stärkung des Deutschen Reiches und eine Ausdehnung über seine Grenzen hinaus, soweit dies notwendig ist, damit wir gesichert sind gegen künftige Angriffe, das soll die Frucht dieses Krieges sein.“ Das gibt uns den Ausblick auf eine weitere Hinausschiebung unserer Grenzen in bisher außerdeutsche industriereiche Gebiete

des Westens und an die Handelsstraßen des Weltmeers. Die Bundesgenossenschaft mit Oesterreich, die notwendig zu einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß führt, der neu erschlossene Orient, eine sich verjüngende Türkei bieten weite wirtschaftliche Aussichten für uns. Alles dies, die neuen westlichen Gebiete, der wirtschaftliche Zusammenschluß der heutigen Bundesgenossen, die Aussichten im Orient, bedeuten also für Deutschland eine starke Steigerung der Möglichkeit industrieller und Handelsentwicklung. Fehlt es an einem vor Ueberstürzung bewahrenden Gegengewicht, so werden alle die Schäden und Mängel, die schon vor dem Kriege uns Sorgen bereitet haben, nur noch sehr verstärkt werden. Dazu würde unter Umständen die notorisch nur selten segensreiche Einwirkung einer großen Kriegsentschädigung treten. Wir würden in gesteigertem Ausmaße einer Entwicklung, wie wir sie nach 1870-71 gehabt haben, entgegentreiben. Die sozialen Verhältnisse in unserer Industrie würden keinesfalls eine Besserung, sondern eine Verschlechterung erfahren; der Wunsch, gewaltige Gewinne in kurzer Zeit zu machen, würde die Unternehmer beherrschen und die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft würde trotz erhöhter Löhne ins Ungemessene wachsen. Für den Osten wäre die Folge, daß ein weiteres Absaugen der ländlichen Bevölkerung gefördert würde, eine Wiederbevölkerung Ostpreußens wäre ausgeschlossen, und alle Gefahren der Polonisierung durch die noch unentbehrlicher werdenden polnischen Arbeiter wären erhöht. Eine Aenderung in der Stellung des Polentums nach dem Kriege dem Deutschtum oder auch nur dem preußischen Staatsgedanken gegenüber zu erhoffen, wäre eitel Selbsttäuschung. Dafür nur zwei Beweisstücke: Die preußische Staatsregierung beweist dem Polentume das weitgehende Entgegenkommen, einen polnischen Erzbischof auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen in Gnesen gelangen zu lassen. Nicht ein Wort des Dankes an sie findet — soweit ich habe sehen können — die führende polnische Presse dafür an den König von Preußen oder die preußische Staatsregierung, während sie sich namens der polnischen Volksgemeinschaft in überschwenglichen Dankbarkeitsbezeugungen gegenüber dem Papste ergeht. Dann: Ein in Petrikau — einer in Russisch-Polen unter österreichischer Verwaltung stehenden Stadt — erscheinendes Blatt („Chlopska Sprawa") schließt im April d. Js. einen Aufsatz mit den Worten: „Wir werden ein freies Polen von Meer zu Meer erringen." Trotz dieses Festhaltens an einer deutsch-feindlichen Politik und trotzdem die leitenden

polnischen Kreise nicht die geringste Berücksichtigung infolge ihrer zum mindesten zweideutigen Haltung während des Krieges verdienen, wird die Polenpolitik auf agrarischem Gebiete in bisheriger Weise kaum durchführbar bleiben. Denn der polnische Soldat hat sich ebenso tapfer wie sein deutscher Kamerad geschlagen. Ihm, wenn er vielleicht gar für das Vaterland geblutet hat, den Herzenswunsch des Erwerbs einer kleinen Landstelle zu versagen, dazu sind bei uns die Gründe der National- und Staatswohlfahrt immer noch zu schwach, Empfindungsmomente zu ausschlaggebend.

Darnach sähe sich unsere innere Politik vor zwei Möglichkeiten gestellt: entweder man läßt der agrarischen Entwicklung ihren Lauf; damit wird das Land des Ostens allmählich von deutschen Menschen entblößt, der Großgrundbesitz arbeitet in seiner Zwangslage mehr und mehr mit polnischen Leuten, zunächst Wanderarbeitern, dann Instleuten. Aus letzteren entwickelt sich, wie in unseren Grenzprovinzen jetzt schon, ein polnischer Kleinbauernstand. Das deutsche Volk wird zu einem Stadtvolk, zu einer Industriebevölkerung mit ständig sinkender Geburtenzahl. Zunächst ein Herrenvolk, aber, wie alle bloßen Herrenvölker mit der bestimmten Aussicht des Absterbens, da ihm die Wurzel abgegraben ist, ihm der Nachwuchs aus der rein ländlichen (bäuerlichen) Bevölkerung immer mehr fehlt. Oder aber: man sucht diese Entwicklung dadurch aufzuhalten, daß man auf dem heutigen Boden des Ostens eine dichte Siedlung kleinbäuerlicher Bevölkerung zu schaffen sucht. Will man dies aber auf dem Wege der inneren Kolonisation erreichen, so muß in ganz anderer Weise vorgegangen werden, als es bisher der Fall war. Dies wiederum ist aber nur dann möglich, wenn der größte Teil des Großgrundbesitzes geopfert wird. Freiwillig wird die herrschende Gesellschaftsklasse im Osten einen solchen Schritt nicht tun; er würde also nur im Wege einer politischen Entwicklung zu erreichen sein, die stark demokratische, wenn nicht sozialistische Anschauungen zur Herrschaft brächte. Diese würden dann eine Enteignung der Großgrundbesitzer ohne Unterschied der Nationalität in größtem Umfange durchzusetzen haben. Daß das nur mit schwersten inneren Erschütterungen zu erreichen sein würde, bedarf keines besonderen Beweises.

Die Aussichten des Krieges lassen aber — wenn die militärische Entwicklung auf dem östlichen Kriegsschauplatz wie bisher anhält und die Forderung des Diplomaten den Spuren des Kriegers folgt — erhoffen, daß diese Gefahren in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung gebannt werden. Erschöpfend auf das „Wie" einzugehen, ist hier noch nicht an der Zeit, nur soviel sei gesagt: Ein breiterer Streifen Landes an unserer Ostgrenze, der eine dichte deutsche Bevölkerung erhielte, müßte und

würde politisch die Folge haben, die Polen des „preußischen Anteils" von der großen Masse des Polentums — mag dessen Schicksal im übrigen sich politisch gestalten, wie es will — dauernd zu trennen. Damit würde dann ganz von selbst der Traum des „freien Polens vom Meer zum Meere" zu Grabe getragen werden müssen, und die Möglichkeit einer Verständigung mit den Polen in Preußen-Deutschland wäre gegeben. Im Sinne eines hochgesteckten Zieles erhoffen wir aber außerdem als Erfolg dieses blutigen Krieges eine möglichst weitgehende Abtrennung der Ostseegebiete von Rußland. Wir könnten es uns nicht vorstellen, daß ein Krieg, in dem das Deutsche Reich siegreich gegen eine Welt gestanden hat, den Erfolg haben sollte, daß uraltes deutsches Kulturland für immer dem Deutschtum verloren gehen sollte. Wirtschaftlich wie bevölkerungspolitisch würden all die Gefahren, die wir im Vorstehenden geschildert haben, beseitigt oder doch sehr abgeschwächt werden, wenn uns auf diese Weise reichlich Land zu mäßigen Preisen zur Ansiedlung deutscher Menschen gegeben wäre. Mit der Ermöglichung solchen Zieles wäre nicht für ein, sondern für eine ganze Anzahl von wichtigsten Problemen die Lösung angebahnt. Nur einige davon seien hier angeführt:

1. Der Quell, aus dem die Menge deutscher Menschen strömen muß, würde so verstärkt werden, daß er genügen würde, um die vergrößerten Aufgaben des Deutschen Reichs auf dem Gebiete von Handel und Gewerbe mit deutschen Menschen auszuführen und mit ihnen die neu gewonnene Weltmachtstellung Deutschlands dauernd zu sichern.
2. Der unerträgliche Druck, der auf dem ganzen Lande infolge Fehlens von Grund und Boden für das wachsende deutsche Volk herrscht und seinen Ausdruck in dem unbefriedigten Sehnen weiter Kreise nach Landbesitz wie in der Wohnungsnot der Städte und Industriezentren findet, wird aufgehoben oder stark gemildert. Damit werden:
3. die sozialen Reibungsflächen innerhalb des Reiches vermindert und die Uebertragung sozialistischer Tendenzen in die kleinbäuerliche Bevölkerung verhindert.
4. Die herrschende Grundbesitzverteilung innerhalb der jetzigen Grenzen des Reiches und besonders Preußens braucht in dem Falle des Vorhandenseins anderweiten Siedlungslandes keiner grundsätzlichen Veränderung unterzogen zu werden; die sonst unvermeidlichen politischen Erschütterungen, die der Kampf um solche Aenderungen mit sich bringen müßte, werden vermieden. Und
5. Das gesamte deutsche Volk erhält eine Aufgabe, wie es sie seit Jahrhunderten nicht mehr gehabt hat, eine Aufgabe von einer idealen Größe, die geeignet ist, in den Mittelpunkt des gesamten Denkens der Nation zu treten.

Die erstrebten Gebiete sind entweder solche, die neben ihrer bisherigen Bevölkerung eine so umfangreiche deutsche Kolonisation zulassen, daß ein starkes Ueberwiegen der deutschen Bevölkerung zu erreichen ist, oder solche, aus denen im Wege der Umsiedlung die bisherige Bevölkerung durch Deutsche ersetzt werden könnte.

Die für eine deutsche Besiedlung neben der einheimischen in Frage kommenden Länder wären zunächst Kurland und von Littauen die Gouvernements Kowno und Suwalki. Für die Größenvergleichung dieser Gebiete führe ich an, daß Kurland ungefähr zwei Drittel von Ostpreußen umfaßt, während Kowno etwas größer als Ostpreußen ist und Suwalki nicht ganz ein Drittel dieser Provinz an Flächenraum hat. An Bevölkerungsdichtigkeit stehen die drei russischen Gouvernements erheblich gegen Ostpreußen zurück. In runden Zahlen ist 1897, zur Zeit der letzten Volkszählung in Rußland, auf dem Quadratkilometer eine Volksdichte vorhanden in Kurland von 25, in Kowno von 38, in Suwalki von 47, dagegen in Ostpreußen von 55 Köpfen. Die durchschnittliche Anbaufähigkeit und die klimatischen Verhältnisse dieser Gebiete stehen keineswegs hinter denjenigen Ostpreußens zurück. Ostpreußen ist aber, wirtschaftlich betrachtet, fähig, eine sehr viel dichtere Bevölkerung aufzunehmen, woraus geschlossen werden darf, daß die Nachbargouvernements mindestens dieselbe Bevölkerungsdichte zu ertragen vermöchten, wie Ostpreußen sie bisher hatte. Das allein würde bedeuten, daß sich die bisherige Einwohnerzahl erhöhen ließe:

in Kurland um	778 000	Einwohner,
in Kowno um	488 000	„
in Suwalki um	25 000	„

Was nun die Nationalität der Bevölkerung in diesen Gebieten anbelangt, so wird Kurland ganz überwiegend von Letten bewohnt, die Deutschen bilden eine dünne Oberschicht von 7,57 % der Bevölkerung. Betrachten wir dagegen die Grundbesitzverteilung, so ergibt sich, daß in Kurland

auf Privatgüter	rd. 40 %
auf Krongüter (Domänen)	rd. 22 %
auf Bauerngüter	rd. 37 %

der Fläche entfallen. Der Großgrundbesitz befindet sich zu einem so überwiegenden Teile in deutscher, der Kleingrundbesitz in lettischer Hand, daß ohne weiteres Großbesitz mit deutschem Besitz, Kleinbesitz mit nichtdeutschem Besitz gleichgestellt werden kann.

Für die Besiedlung durch deutsche Bauern kommen zunächst einmal in Frage Krongüter, indem ihre Uebereignung auf die Kriegs-

entschädigung zu verrechnen wäre; sodann wird ein Teil des Großgrundbesitzes dafür nutzbar zu machen sein. Es ist triftiger Grund vorhanden, daß es bei Anschluß Kurlands an Deutschland ohne besondere Schwierigkeiten möglich sein wird, ein Drittel der Fläche des privaten Großbesitzes zur Aufteilung verfügbar zu machen. Die dem Großbesitz verbleibenden zwei Drittel würden in Anbetracht der starken Wertsteigerung landwirtschaftlicher Produkte und des Landes selbst durch die Aufnahme in den deutschen Zoll- und Wirtschaftskörper denselben Wert darstellen wie zuvor die ganze Fläche und ihre Erträgnisse. Das würde ergeben, daß alsbald 852 000 Deßj. für die Aufteilung zur Verfügung ständen. Von der Gesamtfläche Kurlands sind 58 % landwirtschaftlich produktiver Boden (Acker, Wiese, Weide), 31 % Wald, 11 % Unland. Diese Zahlen auf die zur Besiedlung verfügbaren Flächen angewandt, heißt, daß sogleich 425 000 Deßj. besiedlungsfähiger Fläche verfügbar sind. 15 Deßj. als Durchschnittsmaß an Acker und Wiesen für eine Ansiedlerstelle angenommen, so könnten sofort rd. 28 000 deutsche Familien allein in diesem Gouvernement seßhaft gemacht werden. (Zum Vergleich: die Königliche Ansiedlungskommission hat bis Ende 1913 in Posen und Westpreußen 21 257 Familien angesetzt.)

In Kurland sind vorhanden 24 430 (lettische) Bauernstellen. Die Zahl der neu zu gründenden deutschen würde also die der lettischen an sich schon übersteigen. Dazu aber käme, daß aus Wald und Unland nicht unerhebliche Flächen sich noch zur Besiedlung eignen und auch ein Teil der lettischen Bauerngesinde, soweit es sich um Großbauern handelt, nach dem obigen Beispiel des Großgrundbesitzes Land als Entgelt für die Wertsteigerung ohne eigenen wirtschaftlichen Schaden abzugeben vermöchte. Mancher lettische Bauernhof dürfte außerdem durch freihändigen Kauf in deutsche Hand übergehen. Das Bedenken, daß aus der verschiedenen Nationalität der alteingesessenen bäuerlichen Bevölkerung gegenüber den neu zuziehenden Deutschen sich Schwierigkeiten ergeben würden, wird überschätzt. Die Feindschaft, die die Letten gegenüber den Deutschen im letzten Jahrzehnt zur Schau getragen haben, hat ihren Grund — soweit sie nicht auf russischer Aufhetzung beruht — in dem natürlichen Gegensatz einer zahlenmäßig weit überlegenen sozial aufstrebenden Masse gegenüber der gesellschaftlich herrschenden Klasse anderer Nationalität. Wird in die untere Schicht ein starkes deutsches Element eingeschoben, so ist anzunehmen, daß diese Gegnerschaft nicht verstärkt, sondern gemildert wird. Dies wird bestätigt durch die Erfahrungen bei den seit den Revolutionsjahren angesetzten deutschen Bauern (20 000 Seelen), die übrigens den Beweis erbringen, daß die Seßhaftmachung der Deutschen dort schnell und

unschwer durchzuführen ist*. Die Verträglichkeit und Assimilierung der Letten ist um so eher zu erwarten, als sie konfessionell fast ausnahmslos evangelisch sind und, was von Kultur und Bildung bei ihnen vorhanden ist, ausschließlich auf deutscher Grundlage beruht. Zudem handelt es sich um ein Volk, das zahlenmäßig sehr geringen Umfang hat, nur in den Ostseeprovinzen beheimatet ist und im Gegensatz zu den preußischen Polen keinen nationalen Rückhalt an einem Millionenvolke außerhalb der Grenzen hat. Bei starker Durchsetzung mit Deutschen und einer deutschen Oberschicht erscheint die Zukunft des Lettentums dem Zustande der Masuren in Ostpreußen und der Wenden in der Lausitz durchaus vergleichbar.

Ich habe für eine Provinz versucht, in groben Linien den Nachweis zu erbringen, daß eine Besiedlung und Durchdringung des Landes mit Deutschen politisch und wirtschaftlich wohl möglich ist. Ich will des Raumes wegen davon absehen, einen gleichen Nachweis für die übrigen nordöstlichen Gebiete zu führen. Es ist nicht zu verkennen, daß sich in Litauen die Verhältnisse schwieriger gestalten, da die deutsche Oberschicht meist fehlt und neben der überwiegenden Menge der Litauer ein starker polnischer Großgrundbesitz und teilweise auch ein russischer Einschlag vorhanden ist. Aber auch hier ist Raum für viele Tausende von deutschen, und zwar, da die Litauer Katholiken sind, katholischen Familien vorhanden, die ohne Entfernung der alteingesessenen litauischen Bevölkerung dem Lande einen deutschen Charakter geben können. Die Angliederung dieses Teiles bringt überdies den Vorteil, daß damit ein Gebiet gewonnen wird, aus dem zur Verdrängung der national gefährlichen Polen in beträchtlichem Umfange Saisonarbeiter gewonnen werden können.

Wesentlich anders dagegen liegen die Verhältnisse in dem zu gewinnenden Streifen besiedlungsfähigen Landes längs der heutigen deutschen und russisch-polnischen Grenze. Dieses Landgebiet muß einerseits so breit sein, daß es eine genügende Grundlage für eine deutsche Besiedlung auf Menschenalter hinaus schafft, andererseits aber auch nicht größer als für diesen Zweck notwendig und nach Maßgabe der Durchführungsmöglichkeit eines Ansiedlungsplanes gegeben ist. Die Grenze würde im Nordosten bei Grodno beginnend dem Bobr-Narewlaufe folgen, von der Südostecke des Gouvernements Plock, da wo dieses die Weichsel unterhalb Nowo-Georgiewsk berührt, den westlichen Zipfel des Gouvernements Warschau einschließend zur Nordostecke des Gouvernements Kalisch überspringen, um dann südwärts unter Einschluß des ganzen

---

* Siehe dazu Archiv für innere Kolonisation, Juliheft 1915: Broedrich, Kolonisationsmöglichkeiten im Ostseegebiete Rußlands und in Litauen.

Gouvernements Kalisch und der Kreise Czenstochau und Bendzin bis an die Grenzpfähle Galiziens zu verlaufen. An Flächengröße und Bevölkerungszahl umfassen diese Landteile zusammen: 33 945 qkm mit 3 214 000 Einwohnern.

Was die Verteilung des Grund und Bodens anbetrifft, ist in diesen Landesteilen der Kleinbesitz sehr stark vertreten. Für das ganze heutige Zartum Polen stellen sich die Verhältnisse so, daß 1904: 54,6 % des Bodens dem bäuerlichen Kleinbetriebe, 35,1 privatem, 5,9 staatlichem Großbetriebe angehörten, der Rest entfällt auf den Besitz von Städten, Flecken usw. Wenn hiernach auch der Kleinbetrieb überwiegt, so ist es doch ein Irrtum, anzunehmen, daß Polen nun schon, wie es manchmal dargestellt wird, ein eigentliches Kleingrundbesitzland ist. Zum Vergleiche will ich anführen, daß es in ganz Preußen einschließlich Ostelbiens 1907 nur 75 Kreise, d. h. unter 8 Kreisen immer nur einen gab, in dem es mehr Großgrundbesitz gab als im Zartum Polen.

Ein Blick nun auf die schwierige Frage der Freimachung dieses Landes für die deutschen Ansiedler. Hier muß mit entschlossener Tat zugegriffen werden; an den Gedanken einer „Umsiedlung" großer Volksmengen heißt es sich rechtzeitig zu gewöhnen, um im Friedensschlusse mit entsprechenden Forderungen hervortreten zu können. Es gibt zurzeit im Zartum Polen rund 1 Million Kleinbesitzstellen (Bauern, Schlachzizen und landbesitzende Fleckenbewohner); noch nicht 250 000 mit rund 1,7 Millionen Deßjatinen Eigentum sitzen davon in dem oben umschriebenen Streifen. Es würde zu weit gehen, sie alle sonder Ausnahme umsiedeln zu wollen. Gesetzt jedoch den Fall, selbst diese höchstgesteckte Aufgabe sollte gelöst werden, wären die Vorbedingungen unter einigermaßen friedlichen Umständen dafür gegeben? Man kann die Frage mit gutem Gewissen bejahen. Im Jahre 1897 zählte man im russischen Reiche eine Bauernbevölkerung deutscher Abstammung von 1,3 Millionen Köpfen; sie dürfte bis heute auf nahezu 1,7 Millionen angewachsen sein. Doch selbst angenommen, daß sie sich seitdem nur auf 1,15 Millionen Seelen vermehrt habe und weiter angenommen, daß sechs Köpfe auf die Familie zu rechnen seien, so würde es sich auch hier um 250 000 deutsche Familien handeln, die gegen die obigen 250 000 einzutauschen wären. Auch ihr Besitz ist weder kleiner noch weniger wertvoll, übersteigt vielmehr in beiden Beziehungen den des polnischen Kleinbesitzes bei weitem. Er beläuft sich nach den ungünstigsten Angaben auf 3,182 Millionen Deßjatinen. Selbstverständlich ist jedoch, daß ein direkter Landtausch dieser deutschen mit den polnischen Bauern nicht im Wunsche der letzteren liegen kann, wenigstens soweit die Deutschen nicht im Zartum Polen (etwa 60—70 000 Familien) und im unmittelbaren Anschluß daran angesessen sind. Deshalb wäre Rußland im Friedens-

vertrage darauf zu verpflichten, die aus Weiß- und Kleinrussen bestehende Bauernbevölkerung des Gouvernements Grodno für jene deutschen Bauern in Austausch zu übernehmen und so den polnischen Bauern in unmittelbarem Anschluß an ihren Volkskörper eine Fläche, nicht unbeträchtlich größer als die von ihnen zu verlassende frei zu machen. Doch würde es kaum schaden, wenn ein Teil der kleineren polnischen Bauern von dieser Umsiedlung ausgenommen würde und unter den Deutschen im Lande bliebe, nicht unerwünscht auch als Reservoir für die in Deutschland unentbehrlichen Saisonarbeiter. Jedenfalls zeigen die wenigen obengenannten Zahlen, daß die Umsiedlung unter voller Entschädigung beider Teile durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt und bei näherem Zusehen sogar mit einer ganzen Reihe von Vorteilen, die im einzelnen hier auszuführen zu weit gehen würde, für beide Teile verbunden ist. Es ist deshalb durchaus nicht utopisch, damit zu rechnen, daß eine gewisse Freiwilligkeit der umzusiedelnden Bevölkerung die ganze Aktion erheblich erleichtern wird. Seit je hat sich der natürliche Ausdehnungstrieb der Polen auf die östlich anschließenden Gebiete von Grodno, Minsk, Witebsk usw. gerichtet, ein Trieb, der erst in den letzten Jahrzehnten infolge der Schwierigkeiten, die Rußland den Polen dort bereitete, zu einem gewissen Stillstande gekommen ist. Auch ist zu berücksichtigen, daß die für die Abtretung an Deutschland in Frage kommenden Gebiete Polens sämtlich vom Kriege aufs tiefste berührt worden sind, das Hin und Her der feindlichen Truppen hat sie zum Teil arg verwüstet und die Bevölkerung in ihren Sitzen gelockert.

Weit einfacher noch liegen die Verhältnisse betreffs des auszusiedelnden Großgrundbesitzes, dessen Tendenz ganz besonders stark auf eine Ausdehnung in die östlichen klein- und weißrussisch sowie auch litauisch besetzten Gebiete gerichtet war. Für ihn kommt neben Grodno auch die Entschädigung im übrigen Russisch-Polen jenseits des einzudeutschenden Streifens in Betracht. Sämtliche russischen Krons- und Donationsgüter (Majorate), zusammen rund 1 Million Deßjatinen, würden zu diesem Zwecke als Teil der Kriegsentschädigung von Rußland an Deutschland zu übereignen sein. Ein gut Teil des Großgrundbesitzes wird auf diese Weise innerhalb des polnischen Volksgebietes selbst entschädigt werden können, wenn auch die, welche Kronsgüter in Tausch nehmen müßten (immer mindestens im gleichen Werte wie ihr aufgegebener Besitz) dabei größtenteils den Wandel vom Land- zum Forstwirt in Kauf nehmen müßten (der größte Teil der Domänen in Russisch-Polen besteht aus Waldgütern). Der Rest der Besitzer wäre in Grodno unterzubringen oder durch Geld zu entschädigen. Die letztere Möglichkeit ist bei Großgrundbesitzern im Gegensatz zu Bauernwirten ohne weiteres

dann gegeben, wenn die Familie von dem Zinsgenuß des nicht zu knapp zu bemessenden Entgeltes für das Gut (Preis vor dem Kriege hätte hier wie überall bei diesen Austauschen die Grundlage zu bilden) standesgemäß leben kann.

Die Aufgabe ist schwierig, aber keineswegs undurchführbar. An Verwaltungspraxis fehlt es den Russen für die Unterbringung ihrer aus Grodno zu übernehmenden Landsleute nicht. Die russischen Agrarbehörden haben in den letzten Jahren jährlich 500—700 000 Menschen als Ansiedler seßhaft gemacht, da kann es ihnen nicht an den technischen Fähigkeiten fehlen, um der hier gezeigten Aufgabe gerecht zu werden. Daß man es dem deutschen Organisationssinn zutrauen darf, die große Aufgabe zu seinem Teile zur sachgemäßen Lösung zu bringen, braucht man nach den Erfahrungen dieses Krieges wohl kaum besonders hervorzuheben.

Waren die politischen Kämpfe in den letzten Jahren vor dem Kriege so ungemein unerfreulich und boten sie dem Auslande — und auch manchem national gesinnten Mann im Inlande — Grund zur Befürchtung, daß die Stunde der Gefahr Deutschland nicht einig finden möchte, so lag die Ursache dafür vor allem darin, daß im politischen Leben immer materielle Gesichtspunkte herrschten, und nur solche die Ziele politischen Strebens gaben; es fehlte an einer großen idealen das gesamte Volk erfassenden Aufgabe. Hier ist sie zu finden.

Mit der Kennzeichnung dieser Aufgabe komme ich zu den Bedenken, die hinsichtlich der Möglichkeit, nach dem Kriege eine stärkere Besiedlungstätigkeit durchzuführen, geltend gemacht werden. Gegen den Einwand, die deutsche Volkskraft würde zu großen Leistungen unmittelbar nach dem Kriege nicht ausreichend sein, lasse ich einen Ausländer zu Worte kommen, den schwedischen Reichstagsabgeordneten Hildebrand (Ein starkes Volk. S. 104): „Man erhält das Gefühl, unter dem Drucke der gewaltigen Schwierigkeiten ist soviel Tatkraft im Volke frei geworden, daß nur ein Teil davon während des Krieges verbraucht werden kann, wie blutig er auch sein möge. Die große Anzahl Gefallener und Verwundeter bedeutet natürlich eine Verminderung der gesamten Arbeitskraft, ich stelle mir aber eine so gesteigerte Anstrengung der Arbeitsfähigen vor, daß der Mangel vollständig ersetzt und daß das Arbeitsergebnis des ganzen Volkes ein größeres wird als zuvor. Mit im großen und ganzen unverbrauchter Schaffenskraft, einer Erfahrung und einer unendlichen Menge von Plänen dürften die Deutschen in die Friedenszeit eintreten."

Trotzdem bin ich auf den Einwand gefaßt, daß das nötige Menschenmaterial nicht zu haben sein würde, um ein größeres Gebiet in der durch die Verhältnisse gebotenen Eile zu besiedeln. Es können mir die Schwierigkeiten entgegengehalten werden, denen die An-

siedlungskommission in Posen und Westpreußen zeitweilig bei Beschaffung der Ansiedler begegnete und das langsame Fortschreiten der Besiedlungstätigkeit in den übrigen Ostprovinzen. Dieser Vergleich wäre jedoch nicht zutreffend. Was die Ansiedlungskommission betrifft, so hatte sie von Anfang an mit den größten persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Als persönliche Schwierigkeit lag zunächst die vor, daß in mehr als einem halben Jahrhundert Preußen es verlernt hatte, kolonisatorisch tätig zu sein. Es fehlte ganz an Beamten, die irgendwelche Kenntnis oder Erfahrung auf diesem Gebiete hatten. Die Organisation der Behörde war überaus schwerfällig, bis ins kleinste hinein war sie von dem Ministerium oder den Ministerialreferenten, die, einem parlamentarischen Drucke folgend, sich oft mehr von allgemeinpolitischen als eigentlichen Ansiedlungsgesichtspunkten leiten lassen mußten. An sachlichen Schwierigkeiten ist hervorzuheben, daß in den ersten Jahren der Tätigkeit der Kommission ihre Arbeit in Deutschland so gut wie unbekannt war. Dem Gedankenkreise der süd- und westdeutschen Landbevölkerung lag Posen (Polen!) viel ferner als Amerika. Ein württembergischer Bauer enterbte seinen Sohn, weil er mit seinem Muttererbteil nach Posen statt nach Amerika zog. Als die Verhältnisse der Ansiedlungsprovinzen in Deutschland bekannter und der Zustrom lebhafter geworden war, trat die Landknappheit ein, die mit der Zurückweisung Ansiedlungslustiger und hohen Landpreisen ungünstig auf den Zuzug zurückwirkte. Dazu kam, daß man sich lange scheute, eine eigentliche Werbetätigkeit für die Ansiedlung zu üben, weil man meinte, daß dies mit der Stellung einer königlichen Behörde nicht recht vereinbar sei. Bei den provinziellen Siedlungsgesellschaften ist das Fehlen an Ansiedlern meist das geringste Hemmnis ihrer Entwicklung gewesen. Vielmehr stellten sich ihnen finanzielle und bureaukratische Hindernisse in den Weg; dazu kommt, daß in ihren eigenen Aufsichtsräten und bei den Staatsbehörden, mit denen sie zu arbeiten haben, trotz aller wohlwollenden Worte für die innere Kolonisation im allgemeinen, bei der Durchführung im einzelnen so viele Schwierigkeiten bereitet wurden, daß ein freudiges Vorwärtsarbeiten nicht recht in Gang kam.

Alle diese Hemmungen müßten in Neu-Preußen fortfallen: Das Land wäre billig herzugeben, die gesamte Verwaltung des Landes wäre auf diese Aufgabe einzustellen, die Behörden wären aufs einfachste und mit weitestgehenden Vollmachten auszugestalten; Beamte, die Erfahrungen auf dem Gebiete haben und zugleich begeistert für die Aufgabe wären, — an solchen Beamten ist nach einer bald 30jährigen planmäßigen Siedlungsarbeit im Osten kein Mangel — müßten an die Spitze gestellt werden. Eine rege Werbetätigkeit in allen bäuerlichen Gebieten,

zumal in den unter Parzellenwirtschaft leidenden Teilen Süddeutschlands wäre einzuleiten. Werden alle gemachten Erfahrungen ausgenutzt, so werden alle Ansiedlungspraktiker darin einig sein, daß ein starker Strom von Ansiedlern in die Gebiete einfließen wird. Gerade die Zeit nach dem Kriege ist die geeignete für eine solche Siedlungstätigkeit. Auch in den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung erweckt der Krieg mit seiner Betätigung im Auslande, seinen neuen Eindrücken das Vorwärtsstreben und den Wunsch nach Erweiterung der Lebensaufgaben. Solche Zeiten haben sich daher der Auswanderung seit je besonders geneigt gezeigt. Das allgemein beobachtete Anschwellen der Auswanderungszahlen nach großen Kriegen beweist dies.

So leitete das Jahr 1870-71 für das deutsche Volk einen Zeitabschnitt stärkster Ueberseewanderung ein. Die Zahl der Auswandernden stieg 1871 auf 76 224, 1872 auf 128 152, 1873 auf 110 438, um dann allerdings eine Reihe von Jahren hindurch infolge der zunächst arbeitschaffenden Wirkung des Milliardensegens wieder herabzusinken. Die üblen Nachwehen dieses Segens ließen jedoch die Auswanderung gegen Ende der 70er Jahre um so mehr wieder ansteigen. 1881 erreichte die Bewegung mit 221 000 Auswanderern ihren Höhepunkt, ebbt dann aber erst langsam bis zur Mitte der 90er Jahre hin ab. Die Auswanderung betrug im Jahrzehnt:

1871—1880	626 000	Köpfe,
1881—1890	1 342 100	„
1891—1900	529 900	„
1900—1910	279 600	„ und

bleibt von da ab bis zur Gegenwart jährlich ungefähr auf gleicher Höhe stehen.

Das zweite Beispiel gibt Rußland. Nach dem Russisch-Japanischen Kriege, in dem viele Hunderttausende die Gefilde Sibiriens durchfahren hatten, setzte eine Auswanderung aus dem russischen Reiche nach dort ein, die schließlich von der Regierung künstlich eingedämmt werden mußte. Es wanderten nach Sibirien aus:

1906	218 900	Köpfe,
1907	572 600	„
1908	758 800	„
1909	707 500	„
1910	354 000	„

Rund 4½ Millionen Russen bevölkerten bis 1910 die Ländereien Sibiriens. ¾ Million davon waren bis 1895 eingewandert, 1½ Million von 1895 bis 1906; rund 2 Millionen aber allein in den 3 Jahren 1907 bis 1909.

In dieser Ueberzeugung, daß es an Zustrom zu den neuen Siedlungsgebieten auch jetzt und bei uns nicht fehlen wird, stärkt mich neben den theoretischen und Erfahrungsbeweisen auch die Stimmung, die von allen Kriegsschauplätzen berichtet wird. Ueberall ist das Verlangen rege, nach dem Kriege Land, möglichst in den durch den Feldzug vertraut gewordenen Gebieten, zu erhalten.

Zu den Ansiedlern aus dem Reiche kommen aber, wie oben schon angedeutet, noch die „russischen Rückwanderer", die deutschen Bauern, die zu Hunderttausenden in Südrußland, an der Wolga, und zerstreut in anderen Teilen Rußlands sitzen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diesen Leuten, sei es durch unmittelbare gesetzliche,* sei es durch quälerische Verwaltungsmaßnahmen der Aufenthalt in Rußland nach dem Kriege unleidlich gemacht werden wird und sie schließlich zur Auswanderung greifen werden: nach Amerika, nach Sibirien oder in andere Gegenden, eine Bewegung, die schon eingesetzt hat. Da ist es doch wahrlich angezeigt, diese Abwanderung zu unseren Gunsten in geregelte Bahnen zu lenken und im Friedensvertrage mit Rußland entsprechende Abmachungen zu treffen. Hiermit gewinnt man für die Besiedlung höchst wertvolle Bevölkerungsteile, Leute, die Geschlechtsfolgen hindurch ihr Volkstum treu bewahrt haben. Vielfach ist die Meinung verbreitet, als seien diese deutsch-russischen Bauern den Deutschen aus dem Reiche gegenüber als minderwertig anzusehen. Das ist der großen Mehrzahl nach durchaus unrichtig, vielmehr handelt es sich um ein fleißiges, treues und frommes Volk mit sehr großem Kinderreichtum. Minderwertige Elemente kommen und kamen — besonders unter den bisherigen deutsch-russischen Rückwanderern, die häufig völlig mittellos ihre Heimat verließen — gleichfalls vor, ich glaube aber: nicht in stärkerem Maße als unter der sonstigen deutschen Bevölkerung. Ihre natürlichen Mängel: Rückständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete und geringe Schulbildung werden bei den Verhältnissen, in die sie gesetzt werden müssen, sich in gewissem Sinne sogar als Vorteile beweisen, — sie werden, weniger anspruchsvoll als etwa süddeutsche Bauern, sich leichter als diese in die neuen Verhältnisse hineinfinden. Auch Friedrich der Große — der noch ein unerreichtes Muster für innere Kolonisation ist — hat seinerzeit „Polen", d. h. Deutsche aus Polen angesiedelt, und hat dieserhalb Spott und Anfechtung erfahren. Die späteren Zeiten haben sein Vorgehen glänzend gerechtfertigt.

Daß auch aus anderen Weltteilen — Amerika, Australien — manch abgewanderter Sproß deutschen Volkstums bei solchen

* Zusammenstellung der neuen russischen Grundenteignungsgesetze, vgl. Handelspolitische Flugschriften (herausgegeben vom Handelsvertragsverein, Heft 8, Berlin 1915) und Archiv für innere Kolonisation, 1915, Heft 10, Seite 285 ff.

Siedlungsmöglichkeiten in der alten Heimat für diese zurückgewonnen werden könnte, dürfte gleichfalls nicht zweifelhaft sein. Vorausgesetzt natürlich, daß man hierzu die Stimmung unter den Auslandsdeutschen, wo angezeigt, ausnutzte.

Gewiß, den veränderten Zeitumständen entsprechend sind die hier gestellten Aufgaben weit größer noch als die, die Friedrich der Große zu lösen hatte. Dem Herrscher und Heerführer aber, dem es gelingt, als Preis der siegreichen Durchringung dieses Krieges dem deutschen Volke das nötige Siedlungsland zu sichern, dessen Name steht in der Weltgeschichte unter denen geschrieben, denen für alle Zeiten das Deutschtum seine Grundlage verdankt, denen das Größte in der Weltgeschichte gelungen ist, nicht bloß die politischen Grenzen seines Landes hinauszurücken, sondern die Grenzen und Grundlagen deutschen Volkstums zu erweitern.